

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 65 (1986)
Heft: 7-8

Artikel: Strahm als Pflichtlektüre
Autor: Heeb, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den. «Argumentationszügelein» heisst: Die Diskussionen, die er «eröffnen» möchte, haben, wenn auch mit Konjunktur- und Niedergangsphasen, schon lange begonnen und in vielem ist Strahm bloss Trittbrettfahrer und keineswegs der Trendsetter, als den er sich darstellt. Wird von diesem etwas überzogenen Anspruch abstrahiert, so präsentieren sich die Strahm'schen «Entwürfe» als ein zwar nicht epochales, doch lesenswertes Werk, welches etliche Fallgruben und Durststecken aufweist,

und trotzdem die laufende Diskussion belebt.

Anmerkungen:

- 1) P. Glotz, Die Beweglichkeit des Tankers, München 1982
- 2) O. Lafontaine, Der andere Fortschritt, Hamburg 1985
- 3) Vgl. z.Bsp. J. Hirsch, Reformpolitik als Durchstaatlichungsstrategie, in: «links» Juni '86, S. 12 ff.
- 4) Vgl. insbesondere das inzwischen in dritter, überarbeiteter Auflage erschienene Buch H.R. Strahm, Warum sie so arm sind, Wuppertal 1986
- 5) A. Gorz, Abschied vom Proletariat, Frankfurt a. M. 1980
- 6) H. Kern/M. Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung? München 1985, S. 327

Strahm als Pflichtlektüre

Von Fritz Heeb

Das Buch des Genossen Strahm müsste in Zirkeln aktiver Parteimitglieder intensiv Kapitel für Kapitel durchgesprochen werden. Es enthält eine Vielzahl von Themata und Fragen zur gegenwärtigen Situation der SPS, ihrer Struktur, ihrer Organisation und ihrer politischen Führung. Die Kritik, die eben diese Bezirke betrifft, wird ohne Schonung vorgebracht. Sie zwingt zum Nachdenken und zur Stellungnahme.

Die Hälfte der Parteimitglieder sei über 60 Jahre alt, wird festgestellt. Das sind die, die trotz sehr lädiertem «Heimatgefühl», das nach Strahm der Arbeiterschaft insgesamt in der Bewegung abhanden gekommen ist, aus Treue und Tradition in der Partei geblieben sind. Sie standen seit den 70-er Jahren in stummer Ablehnung der jüngeren Garde gegenüber, die zumeist als «68er» aus den Hochschulen in die Partei gekommen sind, um elitär und radikal mit dem Mittel der sogenannten Basisdemokratie die Mitgliederversammlungen zu beherrschen, die Alten zu vertreiben und Sozialdemokraten

in den Exekutiven das Leben sauer zu machen. Diese Alten werden als Karteileichen beschimpft, als Beitrags- und Parteisteuerzahler aber immerhin noch gebraucht. Der sektiererischen Linken ist mittlerweile, wie Strahm erklärt, «die Luft ausgegangen». Sie ist ermüdet und deprimiert. Er belegt das mit den Tatsachen, dass die Bestrebungen der «Linken» nach dem ausserordentlichen Parteitag zur Bundesratsbeteiligung, eine eigene Organisation in der Partei zu bilden, ein eigenes Publikationsorgan herauszugeben, bloss verbal verkündete Absicht geblieben ist. «Was Linken fehlt, ist die organisatorische Ausdauer, die politische Effizienz» diagnostiziert Strahm zutreffend. Das von ihm als einzig attraktives Organ der Linken innerhalb der Partei anerkannte «Zürcher Info», das wäre hier als Pikanterie zu verzeichnen, ist inzwischen auch dahingegangen. Die Redaktion gab bekannt, sie trete kollektiv «wegen Übermüdung, Überforderung und Überalterung» zurück. In das Bild passt auch die Tatsache, dass Leute,

die in den Zürcher Globuskrawallen und den «Jugendunruhen» das grosse Wort geführt haben, heute ihre Fähigkeiten in den Dienst grosskapitalistischer Medienkonzerne stellen und den Imperatif «subito» an ihre Karriere richten. Mit einiger Genugtuung darf indessen festgestellt werden, dass ein Teil dieser einstigen «Linken» zur Realität gelangt ist. In der Zürcher Partei jedenfalls ist meines Erachtens ein Gesundungsprozess eingeleitet. Die Opposition gegen die Beteiligung an Gemeinde- und Kantonssexekutiven ist geschwunden. Besonders eifrige Gegner der Regierungsbeteiligung haben sich in Exekutiven wählen lassen. Sie erkennen jetzt wohl, dass dies in unseren schweizerischen Verhältnissen ein wichtiges Mittel zur Verteidigung und zum Ausbau der sozialen Erwerbungen und zur Durchsetzung lebenswichtiger Massnahmen ist. Was die Karteileichen in unserer Partei betrifft, sei daran erinnert, dass sich in Zürich eine Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und Seniorengruppen aktiviert haben. Sie war imstande, vor den kommunalen Wahlen in diesem Frühjahr eine Versammlung mit über tausend Teilnehmern zu veranstalten.

Treffend stellt Strahm fest, dass das ständige atemlose Rennen hinter Schlagzeilen-Aktualität nichts bringt. Erfolg bringt nur die hartnäckige und geduldige Beharrlichkeit in der Propagierung und Durchsetzung der alten und neuen sozialdemokratischen Forderungen. Persönliche Augenblickserfolge von «Führungskräften» über Bildschirm oder Boulevardpresse kann nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

Im zweiten Teil des Buches, betitelt «Sozialdemokratische Entwürfe für die Zukunft. Ein Arbeitsprogramm», entwickelt

Strahm eine ökosozialistische Perspektive. Er geht davon aus, dass die «traditionelle Sozialdemokratie» ihre Ziele erreicht habe. Solch apodiktische Behauptung ist höchst anfechtbar. Zwar sind Postulate auf soziale Sicherheit erfüllt worden. Dass der gegenwärtig bürgerlich dominierte «Sozialstaat» die soziale Sicherheit umfassend gewährt, wäre doch wohl weit übertrieben. Das schweizerische System der Sozialversicherung beispielsweise ist weiss Gott sehr unvollkommen, wenig rational, für die Lohnarbeitenden sehr kostspielig. Seit die Sozialdemokratie besteht – die SPS wird 1988 hundertjährig – sind Forderungen erhoben worden, die über die blosser Sicherung der materiellen Existenz der Arbeiterklasse hinausgehen. Das Recht auf Arbeit ist schon im 19. Jahrhundert durch Volksinitiative erstrebt worden. Die Demokratie in der Wirtschaft ist ein Ziel aller Parteiprogramme. Es sei daran erinnert, dass auf Antrag des Verfassers des ersten Parteiprogramms der SPS, Albert Steck, im Jahre 1893 eine Volksinitiative lanciert wurde, die das Recht auf Arbeit, die Verkürzung der Arbeitszeit, den Schutz der Arbeiter und Angestellten gegen ungerechtfertigte Entlassung, das ungehinderte Koalitionsrecht und die «demokratische Organisation der Arbeit in den Fabriken» forderte.

Strahm erklärt, die Wirtschaftsmacht, das heisst in erster Linie das Finanzkapital, werde in Zukunft noch konzentrierter und noch geballter. Die Monopolisierung der Wirtschaft nimmt gegenwärtig mit den sich jagenden Übernahmen und Fusionen gigantische Ausmass an. Strahm meint, Verstaatlichungen fielen ausser Abschied und Traktanden. Aus machtpolitischen Gründen seien sie «jenseits aller Zeithori-

zonte». Man wäre versucht zu sagen, solche Verzagtheit sei typisch schweizerisch. Das Privateigentum ist hierzulande heilig. Dagegen sind bei unseren europäischen Nachbarn in grossem Ausmass – und zwar infolge der Macht der Arbeiterbewegung – Verstaatlichungen realisiert worden. In allen diesen kapitalistischen Ländern ist der öffentliche Sektor in der Wirtschaft um ein vielfaches höher als in der Schweiz.

Verstaatlichung der Wirtschaft im Ganzen ist heute von Sozialdemokraten nicht wegen mangelnder Macht nicht ins Auge zu fassen, sondern wegen der Lehre, die aus der Entwicklung der russischen Oktoberrevolution zu ziehen ist. Das Dogma, die sozialistische Gesellschaft sei verwirklicht, wenn das kapitalistische Eigentum in den Besitz des Staates überführt sei, ist mit der Realität des sowjetischen Systems als Irrtum erwiesen worden.

Wenn es nach Strahm nur machtpolitische Gründe wären, welche die schweizerische Sozialdemokratie zum Verzicht auf Verstaatlichungen führen müssten, so wäre auch das Strahmsche öko-sozialistische Programm wohl kaum bis zum Jahre 2003, wohin sich seine «linksäugige Vision» erstreckt, zu verwirklichen. Denn die Hauptauseinandersetzung im sozialen Ringen», die er sieht, jene über Investitionsentscheide des Staates, bedarf seitens der Arbeiterbewegung kaum weniger Macht. Darüber verfügt sie zur Zeit nicht. Die Steuerung der öffentlichen Investitionen muss nach Strahm zu einem entscheidenden Instrument einer ökologischen und sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik werden. Das überzeugt. Der Widerstand der Profitinteressen des Finanz- und Monopolkapitals vertretenden Parteien gegen solch staatliche Steuerung ist nicht zu

unterschätzen. Das aktuelle Beispiel der Ablehnung der bundesrätlichen Minimassnahme zur Zollerhöhung auf Heizöl, lässt keine Illusionen zu.

Wirtschaftspolitik ist nach Strahm für die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie in Zukunft vor allem Politik der Arbeitszeit. Er sieht – in Anlehnung an Gorz – voraus, dass die Arbeitszeit individuell gewählt werden könne. Die Forderung auf Flexibilisierung der Arbeitszeit kann selbstverständlich nicht von der Partei allein, sondern nur zusammen mit den Gewerkschaften erhoben und realisiert werden. Das setzt ein enges Kampfbündnis zwischen Partei und Gewerkschaften voraus. Die Arbeiterbewegung als ganzes für diese Zielsetzung zu gewinnen, erfordert im übrigen eine intensive und wohl länger dauernde Überzeugungsarbeit.

Mir scheint demnach der Kampf der Arbeiterbewegung in Richtung der von Strahm vorgeschlagenen neuen Perspektiven kaum leichter und kaum rascher zu realisieren. Die Jahreszahl 2003, die er als Ziel setzt, ist recht optimistisch, wenn bedacht wird, wie viele Jahrzehnte es brauchte, um sozialpolitische Forderungen der Sozialdemokratie durchzusetzen.

Es fällt auf, dass die Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf betrieblicher und Unternehmensebene nur nebenbei und leichtgewichtig erwähnt wird. Mit der Ablehnung der seinerzeitigen Mitbestimmungsinitiative ist die Forderung offenbar für Gewerkschafter und Parteipolitiker «vom Tisch». Das ist unverständlich und meines Erachtens ein unverzeihlicher Fehler. Die schweizerische Arbeitnehmerschaft ist im Vergleich zu andern Industriestaaten hinsichtlich ihrer Rechte auch nur im Betrieb, geschweige denn in der Unternehmungs-

leitung, am meisten im Rückstand. Es widerspricht der von Strahm erhobenen Forderung auf Hartnäckigkeit und Ausdauer in der Verfolgung wichtiger Ziele, wenn allein wegen der Ablehnung einer Volksinitiative und wegen angeblich geringem Interesse der Arbeitnehmer selbst dieses entscheidende Postulat auf Demokratie in der Wirtschaft praktisch fallen gelassen wird. Wenn sich die Arbeiterbewegung durch Ablehnung einer Initiative in der Volksabstimmung dazu hätte führen lassen, auf die erhobene

Forderung als «aussichtslos» zu verzichten, hätten wir weder AHV noch das Frauenstimmrecht. Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmung ist ein Anspruch, der ins Mark des Kapitals zielt. Seine Verwirklichung würde die Realisierung mancher Massnahmen erleichtern, die Strahm vorschlägt. Mit dieser Ergänzung ist das Arbeitsprogramm Strahms grösster Unterstützung wert. Es ist dringendstes Erfordernis der Arbeiterbewegung, insbesondere der SPS, sich konkrete Ziele zu setzen und sie ungeachtet al-

ler tagespolitischen Begebenheiten beharrlich anzusteuern.

Die Strahmsche kritische Analyse und sein Programm bieten die Möglichkeit einer Sammlung aller Kräfte, die sich bis anhin zum Schaden der Sozialdemokratie zum Teil in sektiererischen realitätsfremden, zum Teil in persönlich bedingten Streitigkeiten zersplittert haben. Ein erster bescheidener Schritt dazu wäre es, wenn das Buch von Rudolf Strahm Pflichtlektüre eines jeden aktiven Parteimitglieds würde.

Abschied von der konkreten Utopie

Von Hans Schächli

Die Diskussion, ob der Tanker wendet, hat nun auch die Schweiz erreicht. Rudolf Strahm stellt in seinem Buch «Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug» die Politik der Sozialdemokratischen Partei zur Debatte. Strahms Vorbild ist der Geschäftsführer der SPD, Peter Glotz, der in seinem Buch «Die Arbeit als Zuspitzung» auch über eine «regierungsfähige Linke» nachdenkt und darüber, wie die Sozialdemokratie die «Themenführerschaft» zurückgewinnen kann (eine nebenbei bemerkt leicht groteske Übersetzung dieser intellektuellen Allesverdauener für den Begriff der «kulturellen Hegemonie», den sie sich bei Gramsci ausgeliehen haben). Wie sich Glotz in der Pose des Vordenkers gefällt, so ist auch Strahm nicht unbescheiden. In seiner «Schrift» soll «Neuland ohne wissenschaftlich vorgegebene Strukturen» betreten werden, was ein «politisches Risiko» darstelle und «ein verlegerisches gleich noch dazu».

Weder Pamphlet noch noch Strategiebuch

Im ersten Teil seines Buchs analysiert Strahm die SPS in organisationspolitischer Hinsicht. Zuvor schildert er die «Zürcherisierung des Bürgertums», eine zu schlagwortartig und undifferenziert ausgefallene Analyse bürgerlicher Politik, ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrer Mobilisierungsmöglichkeiten. Auf das Problem, weshalb heute viele Arbeitnehmer auf bürgerliche neoliberale Parolen ansprechen, geht er z.B. nicht ein. Auch die anderen Linksparteien, die Gewerkschaften und die neuen sozialen Bewegungen werden nicht eingehender analysiert. Dies wohl deshalb, weil sie in Strahms Augen für eine «regierungsfähige Linke» in der Schweiz keine Rolle spielen. Dafür schildert er ausführlich die Krise der eigenen Partei, den Mitgliederrückgang, die Überalterung der Mitgliedschaft, den Verlust von Wähleranteilen, die mangelnde Effizienz und Professionalität

der Parteiarbeit, die wenig auf demokratische Entscheidungsfindung abgestützte Parteiführung, den politischen Opportunismus einzelner Parteigrößen und deren Anfälligkeit für gegebene Macht- und Erpressungsverhältnisse und schliesslich die absinkende Mobilisierungs- und gefährdete Referendumsfähigkeit der Partei. Diese mit etlichen Beispielen angereicherte Darstellung ist sicher der stärkste Teil von Strahms Buch. Man wird den Eindruck nicht los, dass andere Parteien nur rasch geschriebene Zugaben sind, um den Charakter des Buchs als Pamphlet abzuschwächen. Dies ist schade, denn ein scharfzüngiges Pamphlet ist allemal etwas Besseres als ein schwaches Strategiebuch.

Was in Strahms Überlegungen als nächstes schon fehlt, ist eine Analyse der Gründe für die von ihm beschriebene Krise der Sozialdemokratie. Nur wenn diese Gründe klargelegt würden, könnten ja auch die entsprechenden Rezepte für eine Besserung entwickelt werden. Recht